



## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 317 / 2014

Kiel, Donnerstag, 10. Juli 2014

Hochschule / Lehrerbildung

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

## Christopher Vogt: Mit diesem Gesetz wird die nächste Schulstrukturreform vorbereitet

In seiner Rede zu TOP 5 und 30 (Lehrerbildung) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Bei der ohne Frage notwendigen Reform der Lehrerausbildung gibt es natürlich nach wie vor grundsätzliche Differenzen: Wir wollen die Lehramtsstudiengänge an die bestehenden Schulstrukturen anpassen. Sie behaupten zwar auch, dies zu tun, gehen in Wahrheit mit Ihrem Modell aber deutlich über die bestehenden Schulstrukturen hinaus und wollen damit offenbar bereits ‚auf Teufel, komm raus‘ die nächste Schulstrukturreform vorbereiten. Ich kann Ihnen nur immer wieder sagen: Hände weg vom Gymnasium! Es hat nichts mit dem propagierten Zwei-Säulen-Modell und auch nichts mit mehr Chancengerechtigkeit zu tun, wenn diese erfolgreiche Schulform immer mehr zu einer Art zweiter Gemeinschaftsschule umfunktioniert wird!

Dass wir grundsätzliche Kritik am ideologischen Grundgerüst haben, das diesem Gesetzentwurf zugrunde liegt, ist das eine. Wie Sie Ihren Plan vom Sekundarstufenlehrer umsetzen wollen, ist das andere. Das Gesetzgebungsverfahren ist eine Farce, eine Beleidigung für den Parlamentarismus. Der Entwurf ist noch immer so unausgegoren, dass das Wort ‚Murks‘ eine Verniedlichung ist.

Es ist wirklich ein Kunststück, nach etwa zwei Jahren einen Gesetzentwurf vorzulegen, der unterm Strich mehr neue Probleme schafft, als dass er bestehende löst. Die Landesregierung wollte ihren Entwurf – vermutlich aus verfahrenstaktischen Gründen – ja lediglich per Pressemitteilung und Brief nachbessern, die Koalitionsfraktionen doktern mit ihren Änderungen aber nun auch nur an eher kleineren Problemen des Entwurfes herum. Überzeugende Antworten auf die zentralen Fragen, die dieser Entwurf aufwirft, bleiben sie weiterhin schul-

dig. Problematisch sind aus unserer Sicht vor allem die ungeklärte Frage nach den Auswirkungen auf die zukünftige Besoldungsstruktur, die Schaffung von unnötigen Doppelstrukturen trotz chronischer Unterfinanzierung der Hochschulen, die offensichtlichen Probleme der Studenten bei der Umsetzung des Praxissemesters, die mangelnde Ausstattung der Universitäten und Schulen zur Umsetzung des Gesetzentwurfes sowie das zentrale Problem, dass Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe – und das sind immerhin über 80 Prozent der Gemeinschaftsschulen – künftig keine Ausbildungsschulen mehr sein können. Hinzu kommt das Problem bei der Anerkennung der Abschlüsse in anderen Bundesländern. Weitere fachliche Probleme bei den Sonderpädagogen, beim Ein-Fach-Lehramt sowie beim Seiten- und Quereinstieg werden einfach ignoriert.

Lassen sie mich an die Worte des Ministerpräsidenten aus der ersten Lesung erinnern. Der geschätzte Herr Ministerpräsident sprach vor einigen Wochen davon, mit diesem Gesetz die ‚bestmögliche deutsche Lehrerausbildung‘ schaffen zu wollen. Ich hoffe, es hat sich in den Wissenschaftsministerien anderer Bundesländer niemand ernsthaft verletzt, als er dies gehört hat und dabei vor Lachen vom Stuhl gefallen ist.

Der Ministerpräsident sprach weiter davon, die MINT-Fächer in Flensburg nicht nur vor dem Hintergrund der fraglichen Anerkennung der Abschlüsse auf Oberstufenniveau heben zu wollen, sondern vor allem deshalb, weil damit die MINT-Ausbildung in diesem Bundesland insgesamt gestärkt werden solle. ‚Töricht‘ nannte er die Haltung der Opposition, sich gegen diese Maßnahme zu stellen. Dieses Getöse des Regierungschefs entpuppt sich nun als Bumerang: Die entsprechenden Änderungen der Staatskanzlei, die in einer Nacht-und-Nebel-Aktion kurz vor dem Einreichen beim Landtag im Umlaufverfahren vom Kabinett beschlossen wurden, sind mittlerweile, nach dem – von der Landesregierung verursachten – erbitterten Streit der beiden betroffenen Universitäten, nicht mehr vorgesehen. Was sagt uns das nun? Entweder hatte der Ministerpräsident keine Ahnung, wovon er sprach, oder es war schlichtweg eine politische Nebelkerze, um in die Offensive gehen zu können. Wie auch immer, es ist beides mehr als fragwürdig.

Als genauso ‚töricht‘ wie die Haltung der Opposition empfand der Ministerpräsident auch die Bürgerinnen und Bürger – überwiegend übrigens zukünftige Landesbeamte im Schuldienst –, die gegen dieses Gesetz vor dem Landeshaus demonstriert haben. Es muss jeder für sich selbst entscheiden, wie dünnhäutig und wie unsouverän er mit Kritikern umgeht, aber demonstrierende Studenten zu beleidigen, nur weil man sich selbst für klüger hält, ist wirklich daneben. Eine Entschuldigung wäre angebracht gewesen. Der Ministerpräsident hat auch noch erklärt, dass diese Landesregierung für dieses Gesetz gewählt worden sei. Herr Ministerpräsident, das glaube ich nun wirklich nicht: Ich kenne persönlich eine ganze Reihe an Leuten, die Sie gewählt haben, aber diesen Murks ablehnen. Sie sind ja mal angetreten, um gut zu regieren und den Dialog zu verbessern. Dieser Ent-

wurf und dieses Gesetzgebungsverfahren sind davon Lichtjahre entfernt. Das ist das genaue Gegenteil von dem, was Sie versprochen haben.

Der Koalition geht es mittlerweile bei diesem angeblichen ‚Kernstück‘ rot-grün-blauer Regierungspolitik nur noch um politische Gesichtswahrung. Die Devise lautet ‚Augen zu und durch‘. Die Scherben sollen irgendwann später aufgesammelt werden. Und es wird ja immer kurioser: Interessant an dem letzten Schreiben der Wissenschaftsministerin zu diesem Gesetzentwurf waren nicht nur die fragwürdigen Rechtschreibkünste, sondern auch die völlig neuen Begründungen für diesen Gesetzentwurf. So geht es beim Ausbau von Flensburg plötzlich nicht mehr nur um die vermeintlich beste Lehramtsausbildung, es ist auf einmal auch – entgegen aller früheren Behauptungen – eine regionalpolitische Entscheidung. Davon war vorher nie die Rede, das wurde sogar vehement bestritten. Das soll nun wohl so eine Art ‚Flucht nach vorne‘ sein.

Bedauerlich ist jedoch, dass zwar mehr Geld nach Flensburg fließen soll, der Universität und der Region aber im Zweifel ein Bärendienst erwiesen wird. Es soll nun in einer Reihe von Fächern eine direkte Konkurrenzsituation mit Kiel geben. Wie das Ergebnis aussehen wird, wenn die Studenten dann mit den Füßen abstimmen werden, kann sich jeder ausmalen. Man kann nur hoffen, dass die Studenten nicht gleich in andere Bundesländern abwandern werden. Vor diesem Hintergrund möchte ich noch einmal daran erinnern, was passiert ist, als man das Realschullehramt von Kiel nach Flensburg verlagert hat. Von den Studenten, die dieses Lehramt in Kiel studiert haben, sind gerade einmal die Hälfte überhaupt in Flensburg angekommen. Die andere Hälfte ist in andere Bundesländer abgewandert. Ein weiterer Punkt kommt noch verschärfend hinzu: Der von der Landesregierung verstärkte Abbau bei den Referendariatsplätzen verunsichert potenzielle Bewerber leider zusätzlich. Ich glaube, eine klare Aufgabenverteilung zwischen den Universitäten wäre besser für beide, Kiel könnte seine Stärken ausspielen und Flensburg ebenso.

Passend dazu sind die offengelegten Überlegungen der Landesregierung, 750 bis 1.000 Beförderungsstellen an den Gymnasien und den beruflichen Schulen zu streichen. Das wurde ja nicht einmal halbherzig dementiert. Es ist schon wirklich kurios, dass die Landesregierung – zumindest von sich aus – bisher überhaupt keine Aussagen zu der notwendigen Anpassung der Besoldungsstrukturen macht, die dieses Gesetz zwangsweise nach sich ziehen muss. Wir haben es hier mit einem strukturellen Haushaltsrisiko von immerhin rund 30 Millionen Euro zu tun, und da sind noch nicht mal die höheren Pensionsbelastungen mit veranschlagt, die zusätzlich auf das Land zukommen werden. Woher soll das Geld kommen? Das ist schon keine Fahrlässigkeit mehr, das ist schon Vorsatz. Kommen Sie mir jetzt bitte nicht wieder damit, dass die Besoldung nichts mit dem Gesetz zu tun hätte. Sie wollen das zehensemestrige Studium für alle Lehrämter gesetzlich festschreiben und die entsprechenden Folgen müssen dann natürlich vor der Verabschiedung bedacht und geklärt werden. Ich wundere

mich wirklich sehr, dass die Finanzministerin das mitmacht, obwohl ihre Bedenken uns ja mittlerweile bekannt sind. Schon beim geplanten Ausbau der Uni Flensburg hat die Finanzministerin ihren Job nicht erledigt. Das soll sich wohl fortsetzen.

Erst wurden uns Fantasiiezahlen vorgelegt. Bei den später vorgelegten Zahlen zu den Ausbaurkosten der Universität Flensburg fehlen teilweise immer noch seriöse Berechnungen. Wir glauben, dass die Zahlen vorne und hinten nicht ausreichen werden. Der vorgelegte Gesetzentwurf entspricht nicht den Vorgaben der Landeshaushaltsordnung. Die umfangreichen Anhörungserkenntnisse wurden kaum berücksichtigt.

Die Kieler Christian-Albrechts-Universität hat seit kurzem ein neues Präsidium, das sich sehr sachlich und kompetent eingebracht und dabei massive Bedenken und umfangreiche Änderungswünsche vorgetragen hat. Sie hat vorgeschlagen, sich bei diesem wichtigen Gesetz noch einige Monate Zeit zu nehmen, um doch noch zu einem für alle Beteiligten akzeptablen Ergebnis zu kommen. Das wäre ein vernünftiger Weg. Nicht darauf einzugehen, wäre ein weiteres fatales Signal für die Bildungslandschaft Schleswig-Holsteins.

Vor diesem Hintergrund schließt sich meine Fraktion dem Antrag auf Rücküberweisung in den Ausschuss an.“